

An Stadtverordnetenvorsteher  
Herr Luca Kissel  
Am Stadtzentrum 1  
65479 Raunheim

Raunheim, 11.02.2025

## **Prüfantrag: Einrichtung eines kommunalen Lastenausgleichs für Anwohner von Rechenzentren**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Kissel,

die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

### **Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat wird beauftragt, die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zur Einrichtung eines kommunalen Lastenausgleichs für die Anwohnerinnen und Anwohner der neu errichteten Rechenzentren zu prüfen. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

#### **1. Bedarfsanalyse:**

Ermittlung konkreter Belastungen, die im Sachzusammenhang mit den Rechenzentren stehen (z. B. Lärm, Verkehr, Flächenversiegelung, Umweltauswirkungen und messbare Wertminderungen von Grundstücken und Immobilien).

#### **2. Finanzierungsmöglichkeiten:**

-Prüfung, ob ein prozentualer Anteil der durch die Rechenzentren gezahlten Gewerbesteuer oder der Grundsteuer für die betroffenen Grundstücke zur Finanzierung eines Ausgleichsfonds genutzt werden kann.

- Identifikation möglicher finanzieller Beiträge der Rechenzentrumsbetreiber auf freiwilliger oder vertraglicher Basis.

- Prüfung, ob Fördermittel von Bund und Land für die Finanzierung eines solchen Fonds in Anspruch genommen werden können.

#### **3. Kompensationsmaßnahmen:** Entwicklung möglicher Modelle zur Unterstützung der Anwohnerinnen und Anwohner, insbesondere im Hinblick auf die Wertminderung von Grundstücken und Immobilien.

- 4. Bürgerbeteiligung:** Einbindung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Ortsbeiräte in den Prüfprozess, um deren Bedürfnisse und Interessen angemessen zu berücksichtigen.
- 5. Langfristige Umsetzung:** Untersuchung der Möglichkeit einer dauerhaften Förderung analog zum Regionallastenausgleichsgesetz, um langfristige Investitionen in die nachhaltige Entwicklung der betroffenen Stadtteile sicherzustellen.

Der Magistrat wird gebeten, die Ergebnisse der Prüfung innerhalb von sechs Monaten der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen und Handlungsempfehlungen für eine mögliche Umsetzung auszusprechen.

### **Begründung:**

Die Errichtung von vier großen Rechenzentren in unserer Gemeinde bringt wirtschaftliche Vorteile, aber auch erhebliche Herausforderungen für die Anwohnerinnen und Anwohner mit sich. Neben erhöhtem Verkehrsaufkommen, Lärmbelastung und Umweltbeeinträchtigungen kann es zu einer messbaren Wertminderung von Grundstücken und Immobilien in den betroffenen Gebieten kommen. Diese Belastungen stehen in einem direkten Sachzusammenhang mit dem Betrieb der Rechenzentren und sollten daher nicht allein von den Anwohnerinnen und Anwohnern getragen werden müssen.

Ein kommunaler Lastenausgleich könnte dazu beitragen, die negativen Auswirkungen abzufedern und gleichzeitig die Lebensqualität in den betroffenen Stadtteilen zu verbessern. Um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen, ist eine umfassende Prüfung der rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen erforderlich. Insbesondere die Nutzung eines Anteils der Gewerbesteuer und Grundsteuer der Rechenzentren sowie die Möglichkeit von Fördermitteln des Bundes und des Landes müssen sorgfältig geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Für die  
CDU-Fraktion



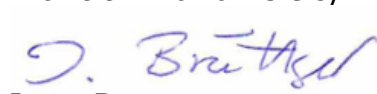
Stefan Teppich

Für die  
Fraktion WsR



Mohammed Ghazi

Für die  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Inge Bruttger

Für  
Forum Neues Raunheim



Mahmut Duranoglu